Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Heimat" monatlich 1.95 M., wöchentlich 45 Pf. Einzelnummer. Postbezug 1.95 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 54 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwechsel 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 92 | Dresden, Dienstag, den 21. April 1931 | 42. Jahrgang

Meineide und Münchner Bomben

Hauptmann Stennes packt weiter aus!

Hitler und die Seinen werden ihres Lebens nicht mehr froh. Osaf a. D. Stennes weiß zu viel, und in der Nummer 3 seiner Halbwochenzeitung „Arbeiter, Bauern, Soldaten" legt er den legalgeschworenen offiziellen Nazis einige Bomben auf den Frühstückstisch. Er beginnt noch mit der saftigen Ueberschrift „Hitler denunziert Stennes". Im Prozeß gegen die Berliner Nazimörder vom Polizeipräsidium „Edenpalast" hat der Verteidiger der Nebenkläger den Antrag gestellt, Hitler und Stennes über das sogenannte Redeverbot in der NSDAP. zu vernehmen. Stennes motiviert diesen Antrag in der folgenden sensationellen Weise:

Schneller als wir glaubten wird Hitler jetzt vor der deutschen Oeffentlichkeit und vor allem auch vor der Parteigenossenschaft der Lüge überführt werden, wobei besonders pikant sein wird, er selbst und noch dazu unter Eid diese Klarung vornehmen muß. Denn entweder gibt Hitler zu, daß kein Redeverbot innerhalb der Partei besteht, schädigt er die Partei und gesteht ein, **bereits bei verschiedenen Prozessen meineidig geworden zu sein**, oder Hitler hat im Gegensatz zu seinem gegen Hauptmann Stennes verfaßten Denunziationsartikel ab, daß er Stennes von Rollkommando- und belastenden Handlungen des Osaf-Ost hatte, dann wäre die ganze Pressekampagne der letzten Tage, dann wären die gegen erhobenen Vorwürfe gegen Hauptmann Stennes, dann wäre die für SA. und Parteigenossenschaft vorgeschobenen Entschuldigungsgründe des Osaf-Ost das, was wir immer behauptet haben: Lug und Trug!"

Eine Frage: Wann greift sich der Staatsanwalt Adolf Hitler nun eigentlich? Weiter! Aus dem unterirdischen Nazisumpf steigen noch mehr Blasen auf. So meldet Stennes weiter, daß die Münchener Parteileitung durch Mittelsleute an ihn herangetreten sei, **um durch ihn, den abtrünnigen Stennes, Material gegen Goebbels in die Hand zu bekommen!** Sollten diese fast unglaublichen Behauptungen Hauptmanns Stennes der Wahrheit entsprechen — und es ist keinerlei Anlaß, daran zu zweifeln —, so wäre die Leitung der NSDAP. geradezu auf einem Wirbel der moralischen Verwahrlosung angelangt!

Die Krise in Oesterreich

Von Friedrich Austerlitz, Mitglied des Nationalrates, Wien

Die Lage in Oesterreich hat sich erheblich verdüstert, und es wird immer deutlicher, daß das Land einer schweren Krise entgegengeht. Der plötzliche Rücktritt des Ministers für soziale Verwaltung ist ein erstes Wetterzeichen, aber es deutet auf Sturm, und es ist nicht nur nicht ausgeschlossen, daß in kurzer Zeit die ganze Regierung in einen Engpaß von Verlegenheiten gerät, der sie zum Rücktritt zwingt, sondern es ist eigentlich schon heute als unvermeidlich anzusehen. Aber da das keine politische Krise ist, so wird sie nicht leicht zu bewältigen sein.

Politisch ist die Lage in Oesterreich ganz friedlich. Der Ausgang der Novemberwahlen hat die Ueberheblichkeit der Christlichsozialen so gebändigt, daß sie die Vorstellung, die sie namentlich in den letzten Jahren geleitet hat, nämlich die gesamte politische Herrschaft in ihren Händen zu konzentrieren, aufgeben mußten. An Stelle der ewigen Regierungen Seipel, deren Vorsatz es immer war, die Sozialdemokraten an die Wand zu drücken, ist die Regierung Ender gekommen, die sich unstreitig bemüht, auch mit der Opposition auszukommen und die die Dinge immer im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten zu lösen gesucht hat. Dazu kommt, daß die in den Heimwehren und ihren Waffen verkörperte faschistische Gefahr so gut wie überwunden ist. Die Hahnenschwänzler, die in dem Jahre 1929 den bewaffneten Putsch ganz ernstlich planten und mit dem Marsch auf Wien nicht bloß kokettierten, sondern geradezu rechneten, die sind kein ernstzunehmender Faktor mehr, werden auch von niemand wichtig genommen, sind in sich gespalten und so kompromittiert, daß sie jede politische Anziehungskraft verloren haben. Politisch könnte sich also das gegenwärtige Regime, dessen Haupt übrigens ein rechtschaffener Mensch ist, der sich von den Ränkespinnern um Herrn Seipel herum wohltuend unterscheidet, auch weiter halten, zumal die österreichische Sozialdemokratie alles andere als das Bedürfnis hat, Minister zu stellen.

Das, was Oesterreich bedrängt und geradezu eine allgemeine Ratlosigkeit hervorruft, ist die Wirtschaftskrise, ist die Tatsache, daß der Niedergang der Wirtschaft auf die Finanzen des Bundes, wie übrigens auch der Länder und der Gemeinden, einfach verheerend wirkt. Einmal bewirkt die Wirtschaft mit der furchtbaren Arbeitslosigkeit, daß die öffentlichen Lasten immer mehr ansteigen, anderteils mindert sie, indem die Steuerobjekte verschwinden, die Steuereingänge. Die unentrinnbare Wirkung sind große Defizite. Dazu kommt das Loch bei den Bundesbahnen, die zwar ein sogenannter kommerzieller Betrieb sind, dessen Verluste aber, und das Loch wird immer größer, schließlich natürlich der Staat tragen muß. Die Regierung denkt nur an die Verminderung der Ausgabenseite, und sie hat zu diesem Zwecke einen Sparkommissar eingesetzt, der im Etat alles „Ueberflüssige" streichen soll. Dann plant die Regierung eine entweder direkte (durch eine Besoldungssteuer) oder indirekte Kürzung der Beamtengehälter. Da aber die Gehälter in Oesterreich gar nicht hoch sind und da etwas Derartiges in Oesterreich nicht mit einer Notverordnung zu machen ist, so stößt die Regierung mit solchen Absichten auch auf die Gegnerschaft der bürgerlichen Parteien.

Auch sonst ist die Lage der Republik im Augenblick wenig behaglich. Der Plan mit der Zollunion hat ihr offenbar die Entziehung gewisser Freundschaften eingetragen, die zwar praktisch nichts bedeutet haben, aber doch eine gewisse internationale Reserve darstellten. Dann fordern die Agrarier, daß die an sich schon hohen und inzwischen bereits wieder erhöhten Agrarzölle im nächsten Halbjahr in Kraft gesetzt werden. Unterdessen hat die Regierung die Handelsverträge mit Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei gekündigt. Die wirtschaftliche Sorge steigt an allen Punkten, und ein Ausweg ist kaum sichtbar.

Aber der eigentliche, der schwere Konflikt, ist die Attacke, die die Regierung auf die sozialen Gesetze unternimmt, ein wahrer Generalangriff auf die Rechte der Arbeiter und der Angestellten. Unter dem Vorwande, daß sie die Alters- und Invaliditätsversicherung, die, obwohl seit dem Jahre 1926 als Gesetz verkündet ist, aber dennoch nicht in Kraft steht, nun endlich in Kraft setzen will, soll an „sozialen Lasten" mindestens so viel erspart werden, wie diese Versicherung kosten würde; zu diesem Zwecke sollen die Kranken- und die Unfallversicherung empfindlich verschlechtert werden. „Abgebaut" sollen dann noch andere soziale Begünstigungen werden, aber der Hauptansturm gilt der Arbeitslosenversicherung, deren Defizit durch das so unvorhergesehene als ungeheure Wachstum der Arbeitslosigkeit natürlich riesig angeschwollen und noch immer nicht am Ende ist. Die „Reform" würde nun darin bestehen, daß viele Zehntausende aus der Arbeitslosenversicherung einfach hinausgeworfen würden und die Unterstützungen für die Arbeitslosen an allen Punkten in bösartigster Weise reduziert würde; die „Reform" soll sich eben ganz auf dem Rücken der Arbeiter vollziehen. Diese Pläne haben in der Arbeiter- und Angestelltenschaft eine furchtbare Erregung hervorgerufen. Alle ihre Entschlüsse gehen dahin, daß über

Die volksparteiliche Reaktion

Die „Nahziele" des Unternehmertums – Die unbequemen Arbeiterrechte

VPD. Die Deutsche Volkspartei hat sich ein neues Programm gegeben, oder, um es richtiger zu sagen, ein neues Programm gegeben worden. Der Vorgang ist eigenartig. Dem Zentralvorstand, der am Sonntag zu Tagung in Berlin zusammengetreten war, wurde das — Ergebnis, nicht von wem — ausgearbeitete „neue Grundgesetz" vorgelegt, und er hat es auf Antrag von Geheimrat Kahl ohne Aussprache en bloc einstimmig angenommen.

Unbestritten die Art des Zustandekommens ist nicht unsere Sache. Wenn die Angehörigen der Volkspartei im Lande mit ihren Führern beliebte Methode gefällt, so kann es uns gleichgültig sein. Was uns interessiert, sind Tendenz und Inhalt des Programmes, das im übrigen, wie Herr Dr. Dingeldey, der Vorsitzende der Volkspartei, dargelegt hat, kein sogenanntes Fernziel-Programm, sondern eine Formulierung der Ziele des politischen Wollens in der nächsten Zeit sein soll.

Um die wichtigsten Punkte hervorzuheben, so verlangt man bekanntlich neben der Beschränkung der Rechte des Reichstags eine Zweite Kammer, die aus Ländervertretern, Vertretern der Wirtschaft und aus Persönlichkeiten des geistigen und kulturellen Lebens, insbesondere auch der Kirchen und Hochschulen, bestehen soll. Ferner soll der Reichspräsident zugleich Ministerpräsident des Landes Preußen sein, und endlich soll das Wahlalter auf das 25. Lebensjahr hinaufgesetzt werden. Das bedeutet:

Vorstoß gegen die Demokratie

Die Einengung der Rechte des preußischen Staates. Die Zweite Kammer, wie die Volkspartei sie sich denkt, hat eine Aehnlichkeit mit dem seligen preußischen Herrenhaus, Reichsrat für den Reichstag wird auf die Linie der Vorkriegszeit zurückreviert, und ähnlich wie im kaiserlichen Deutschland werden Reich und Preußen sozusagen wieder in eine Hand gegeben, nur mit dem Unterschied, daß diesmal Preußen unter eine Art von Kontrolle des Reiches gestellt wird — in der stillschweigenden Voraussetzung natürlich, daß der Reichspräsident der Volkspartei gefällt, die preußische Regierung aber ihr nicht genehm ist. Jedenfalls drückt sich in diesen drei Forderungen die ganze Rückwärtserei der Freunde des Herrn Dingeldey aus, und es will wenig bedeuten, wenn man gleichzeitig eine kleine Verbeugung vor den Symbolen des Staates macht. Denn eine Verfassung, wie sie hier konstruiert wird, kann am Ende auch einen Anhänger der schwarzweißroten Monarchie mit der Republik versöhnen.

Die Forderungen auf dem Gebiete der Wirtschaft und dem der Sozialpolitik tragen durchaus denselben Charakter. Hier ist in der Hauptsache nur programmatisch zusammengefaßt, was wir aus Reden und Anträgen der Volkspartei schon lange wissen:

Senkung der öffentlichen Lasten, der Steuern, der Tarife und der sozialen Abgaben,

beschleunigte Herabsetzung besonders der Realsteuern und völlige Aufhebung der Hauszinssteuer; Entrechtung der mittellosen Arbeiter in den Gemeinden, da über die Gemeindegeschicke grundsätzlich nur die Bürger mitentscheiden sollen, die auch an den Gemeindelasten teilhaben; Uebernahme des Schlichtungswesens aus den Händen des Staates auf die Selbstverwaltungskörper der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; Beschränkung der Arbeitslosenversicherung auf die konjunkturell Arbeitslosen und Verzicht auf die Einsetzung öffentlicher Mittel zu ihrer Erhaltung.

Es folgt dann noch die Forderung der Beseitigung der „Parteibuchbeamten", was auf deutsch nichts anderes heißt, als daß Menschen, die aus der Arbeiterklasse kommen, der Zugang zur Verwaltung erschwert oder unmöglich gemacht werden soll. Es folgt schließlich die ziemlich unverhüllte Proklamierung des deutschen Rechts auf Aufrüstung für den Fall, daß der Völkerbund bei der Abrüstungskonferenz versagt. Das Ganze ist übergossen mit einer Sauce von ebenso schönen wie zweideutigen Redensarten. Aber durch alles das wird das Gericht nicht schmackhafter gemacht, und das Wesentliche bleibt, daß die Volkspartei sich programmatisch zu einem Kurs bekennt, wie ihn die Anhänger Hugenbergs sich kaum reaktionärer wünschen können.

Und nun ist doch damit zu rechnen, daß die Programmväter bei ihrer Aktion vom Sonntag nicht stehenbleiben, sondern bemüht sein werden, in der Regierung und durch die Regierung ihre Forderungen so bald als möglich zu verwirklichen. Dadurch eröffnet sich natürlich die Möglichkeit sehr ernster innerer Konflikte, denn der Reichskanzler und sein Kabinett werden sich über den Widerstand, den die Ansprüche der Volkspartei bei den Sozialdemokraten finden, durchaus im klaren sein müssen. Darum läßt sich auch die Sehnsucht begreifen, mit der die Dingeldeve nach den Nazis ausschauen.

Heraus zur Severing-Kundgebung

Alles heute abend auf die Jigen-Kampfbahn, Lennéstraße

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310421/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG